

Der Vollzugsdienst

6/2011 - 58. Jahrgang

Bund der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands

**Nach der Kür die Pflicht –
umfangreicher Tätigkeitsbericht –
Neue Bundesleitung gewählt**

Ausrichtung für die nächste
Wahlperiode festgeschrieben

Seite 5

**Sicherung eines
zukunftsfähigen
Vollzuges in Brandenburg**

Zeitgemäßes Vollzugskonzept aus
der Sicht des BSBD

Seite 29

**5000 Hamburger Beamte
protestieren rund um die
Bannmeile des Rathauses**

Das „Weihnachtsgeld“
wird dennoch gekürzt

Seite 39

38. Bundesgewerkschaftstag in Lahnstein „Behandlungsvollzug ist Bürgerschutz“



Lesen Sie im Fachteil: Berufsbild Werkdienst – Vollzugliches Arbeitswesen

Landeshauptvorstand tagte am 21. Oktober 2011 in Karlsruhe beim BGV

Sparen um jeden Preis! Um den Preis der Beamten?

Am Morgen des 21.10.2011 wurden die aus allen Landesteilen angereisten Mitglieder des Hauptvorstandes im völlig neu gestalteten Eingangsbereich des modernisierten Gebäudes der Badischen Versicherungen (BGV) von Abteilungsdirektor Erwin Friess und seiner Mitarbeiterin – Frau Carlé – sehr herzlich begrüßt. Dieses neue Gebäude ist wirklich sehr beeindruckend: Mit vielen Glasflächen ist es lichtdurchflutet sowie im Eingangsbereich und im anschließenden Atrium sehr großzügig gestaltet, es wirkt aber trotz der Größe sehr einladend durch die abgestimmte Farbgestaltung und die Auflockerung der vielfach eingerichteten Sitzgruppen. Herr Friess führte mit Zufriedenheit und gewissem Stolz die Teilnehmer zu dem bereits bekannten Sitzungssaal für den Landeshauptvorstand, von dem man einen nicht weniger eindrucksvollen Blick auf die renommierte Karlsruher Musikhochschule im direkt angrenzenden Schloss Gotesaue hat.

In diesem freundlichen Ambiente begrüßte um 9.30 Uhr der **Landesvorsitzende Alexander Schmid** die Mitglieder des Landeshauptvorstandes zur Herbsttagung. Er dankte für die geleistete Gewerkschaftsarbeit in den letzten Monaten und begrüßte die **Ehrenmitglieder Wolfram Müller** und **Wolfgang Kneip**. Seinen herzlichen Dank sprach er gegenüber dem **BGV-Vorstandsvorsitzenden – Herrn Heinz Ohnmacht** – und **Herrn Abteilungsleiter Erwin Friess** aus, die es ja ermöglicht hatten, dass der **BSBD** zum zweiten Mal nach 2009 seine Sitzung in den Räumen der Badischen Versicherungen durchführen konnte.

Grußworte

Zunächst richtete der Vorstandsvorsitzende **Heinz Ohnmacht** sein Grußwort an das Plenum und er gab seiner Freude Ausdruck, mit dem **BSBD** Angehörige des Öffentlichen Dienstes als Gäste in seinem Hause zu haben. Hier sei man bestrebt, die Beamten bestmöglich zu versichern, wobei „andere zwar günstiger, aber keineswegs besser“ sein könnten. Überraschend berichtete **Herr Ohnmacht** auch über seine persönlichen Erfahrungen mit dem Strafvollzug. Während seiner Ausbildung zum Juristen habe er auch einen Studienschwerpunkt auf den Gebieten Kriminologie und Jugendstrafvollzug belegt gehabt, so dass er in seiner Referendar-Zeit auch Stationen in den Justizvollzugsanstalten Adelsheim, Freiburg und Pforzheim absolvierte. Dabei habe er doch eine Reihe von Einblicken in die vielfältigen Probleme und in die schwierige praktische Vollzugsarbeit gewinnen können, die ihm alle Achtung wert seien. Diese früheren Erfahrungen mit dem Öffentlichen Dienst gäben auch immer wieder Anlass, die Räumlichkeiten des BGV

– wie kürzlich erst geschehen – dem Baden-Württembergischen Beamtenbund, der Justizgewerkschaft und Jugendorganisationen aus diesem Bereich zur Verfügung zu stellen.

Vorstandsvorsitzender Heinz Ohnmacht hieß den Landesvorstand des **BSBD** nochmals sehr herzlich willkommen – und er vergaß auch die Wendung nicht: „Bleiben Sie uns gewogen!“

Das Grußwort von der **Justizvollzugsanstalt Karlsruhe** überbrachte der



BGV-Vorstandsvorsitzender Heinz Ohnmacht und BSBD-Landesvorsitzender Alexander Schmid.

stellvertretende Anstaltsleiter Schmidt, da **Anstaltsleiter Egerer** aufgrund einer anstaltsinternen Fortbildungsveranstaltung gebunden war und sich entschuldigt hatte. Auch **Herr Schmidt** hieß die Mitglieder des Landeshauptvorstandes willkommen und stellte kurz die Justizvollzugsanstalt Karlsruhe vor. Wie bekannt, bestehe die Karlsruher Einrichtung aus drei Teilanstalten in **Karlsruhe, in Bühl und in Rastatt**. Die Zuständigkeit der Hauptanstalt betreffe den Vollzug der Untersuchungshaft für nahezu den gesamten Landgerichtsbezirk Karlsruhe. Die Außenstelle Bühl nehme weibliche Gefangene auf, gegen die insbesondere Untersuchungshaft angeordnet sei, aber

auch weibliche Kurzzeitgefangene (bis zu sechs Monaten) würde die Außenstelle Bühl aufnehmen. Die Außenstelle Rastatt, die früher für die Untersuchungshaft an jungen Gefangenen zuständig war, sei inzwischen als badische Jugendarrestanstalt eingerichtet worden. Sie gehöre zwar organisatorisch vollständig zur JVA Karlsruhe, die Leitung obliege jedoch gemäß JGG dem Jugendrichter beim Amtsgericht Rastatt. **Herr Schmidt** sprach noch einmal kurz die Schwierigkeiten und Irritationen an, die im Zusammenhang mit der Auflösung der ehemaligen Jugendarrestanstalten im badischen Raum und mit der Schaffung der Rastatter Einrichtung verbunden waren.

Dass der **BSBD** in diesem Herbst Karlsruhe als Tagungsort ausgewählt habe, fand **Herr Schmidt** eine gute Wahl. Denn: Karlsruhe sei bekanntlich die **Hauptstadt des Rechts** – und dies sei ein starkes

Indiz dafür, dass der **BSBD** hier richtige, wichtige und wegweisende Beschlüsse fassen werde. In diesem Sinne wünschte er einen angenehmen und ertragreichen Sitzungsverlauf.

Mit einer Zwischenbemerkung wandte sich der **Vorsitzende Schmid** nochmals an Abteilungsdirektor **Erwin Friess** und dankte ihm für die Unterstützung bei der Herstellung und Verbreitung des **neuen Mitgliederausweises** für den **BSBD-Landesverband**. Er hob auch die Kooperation zwischen den Badischen Versicherungen und dem **BSBD** hervor, die für ihn von hoher Bedeutung sei.

In seiner unnachahmlichen freundlichen Art ging **Herr Friess** in einer lau-

Extra günstig vom Spezialisten anrufen und testen.

0800 - 1000 500
Free Call

Wer vergleicht, kommt zu uns,
seit über 35 Jahren.



Beamtendarlehen supergünstig
5,27% effektiver Jahreszins*
Laufzeit 7 Jahre

- Umschuldung: Raten bis 50% senken
- Beamtendarlehen ab 10.000 € - 125.000 €
- Baufinanzierungen günstig bis 120%

AK FINANZ

Kapitalvermittlungs-GmbH
E3, 11 Planken
68159 Mannheim
Fax: (0621) 178180-25
Info@AK-finanzz.de

www.AK-Finanz.de

*Spezialdarlehen: Beamte / Angestellte ö.D.

Außerst günstige Darlehen z.B. 30.000 € Sollzins (fest gebunden) 5,15%, Lfz. 7 Jahre, mtl. Rate 426 € effektiver Jahreszins 5,27%. Bruttobetrag 35.784 € Sicherheit: Kein Grundschuldeintrag, keine Abtretung, nur stille Gehaltsabtretung. Verwendung: z.B. Modernisierung rund ums Haus, Ablösung teurer Ratenkredite, Möbelkauf etc. Vorteile: Niedrige Zinsen, feste Monatsrate, Sondertilgung jederzeit kostenfrei, keine Zusatzkosten, keine Lebens- Renten oder Restschuldversicherung.

nigen Erwiderung auf die Vorzüge „seiner“ BGV ein. Er dankte für die Werbemöglichkeiten im Vollzugsdienst und im Justizvollzugsgesetzbuch, das vom **BSBD** kostenlos an seine Mitglieder herausgegeben werden konnte. **Herr Friess** bedankte sich auch für die Möglichkeiten, Veranstaltungen des **BSBD** – wie z.B. Ortsverbandsversammlungen – besuchen und dort die Produkte seiner Versicherungen vorstellen zu können. Hier wird auch in Zukunft der BGV jederzeit mit Aktionen, Informationen und Werbemitteln zur Verfügung stehen können. Besonders möchte er die eigens für die Beschäftigten des Justizvollzugs zusätzlich geschaffene **Unfallversicherung** hervorheben. Hier wurde eine sogenannte **Infektionsklausel** in die Verträge aufgenommen, die auch dann greift, wenn durch Verletzungen Infektionen auftreten sollten (z.B. durch Verletzungen mit Injektionsspritzen). Neu auf dem Markt sei der „**BGV-Copilot**“, ein persönlicher Lebensretter für Autofahrer. Dieses Gerät Sorge dafür, dass bei einem Unfall in kürzester Zeit Hilfe gerufen werden könne, auch dann, wenn man nachts auf einer einsamen Landstraße unterwegs sein sollte. Erforderlich sei lediglich der Einbau eines „Kästchens“, das mit Sensor und GPS ausgestattet ist, in das Fahrzeug durch eine autorisierte Vertragswerkstatt. Diese Notrufautomatik erkennt durch den eingebauten Sensor einen Unfall, sie bestimmt dessen Schwere sowie den Unfallort mittels GPS und informiert so automatisch eine Notrufzentrale. Bei leichten Unfällen nimmt die Notrufzentrale telefonischen Kontakt mit dem Fahrer über die hinterlegte Mobilfunknummer auf. Gelingt die Kontaktaufnahme nicht, werden Einsatzkräfte alarmiert und zum Unfallort gelotst. Bei vom Sensor erkannten schweren Unfällen wird sofort Hilfe zum Unfallfahrzeug geschickt. Auch bei einem Fahrzeug-Diebstahl kann das Gerät hilfreich sein, denn es kann auf Wunsch des Halters aktiviert und die Position des Fahrzeugs mittels GPS geortet werden. Dort könne die Polizei dann das Fahrzeug sicherstellen.

Auch die Kosten für das „Kästchen“ mit monatlich 9,90 € bei einer Vertragsdauer von 36 Monaten seien sicher erschwinglich. Nochmals wies **Herr Friess** auch auf den kostenlosen **Unwetterwarndienst (WIND)** für **BSBD**-Mitglieder hin. Dieser Dienst könne sehr präzise Ort und Zeit von Unwettererscheinungen wie Gewitter, Starkregen, Hagel, Sturm usw. anzeigen und so zuverlässig vorwarnen.

Zum Abschluss seiner kurzweiligen Darlegungen wünschte **Herr Friess** der Versammlung einen guten Verlauf und ebensolche Beschlüsse.

BSBD-Projekte, Presse und Ehrungen

Nach den Grußworten gab der Vorsitzende die Namen der entschuldigten Mitglieder des Hauptvorstandes bekannt und er wies besonders auf das **Ehrenmitglied Ernst Steinbach** hin, der vor kurzem mit der höchsten Stimmenzahl zu einem der **stellvertretenden Vorsitzenden des BRH** gewählt worden sei. Erster BRH-Landesvorsitzender sei nun **Dieter Berberich** geworden, von dem kraftvolle Arbeit und Aktivitäten im Kampf gegen die Spardiktate der Landesregierung zu erwarten seien. *Einen ersten überzeugenden Eindruck gibt die Pressemitteilung des BRH vom 03. November 2011, die an anderer Stelle in diesem VOLLZUGSDIENST abgedruckt ist.*

Zudem berichtet der **Vorsitzende Schmid** über ein Zeitungsinterview mit dem **stellvertretenden Chefredakteur Rainer Haendle** von den „**Badischen Neuesten Nachrichten**“ (BNN) am 20.10.2011, also am Vortag. Zur aktuellen Sitzung des Hauptvorstandes konnte die BNN leider keinen Redakteur entsenden. (Der aus diesem Interview entstandene Artikel vom 22.10.2011 mit der Überschrift „**Körperkurier im Knast**“ ist ebenfalls in dieser Ausgabe abgedruckt.)

Als Neu-Mitglieder im Landeshauptvorstand begrüßte **Alexander Schmid** den vor kurzem gewählten Vorsitzenden des Ortsverbands **Konstanz – Joachim Haug** – und den Kassier **Michael Junginger**.

Im Anschluss nahm er – anders als bisher – zu Sitzungsbeginn die **Ehrung verdienstvoller BSBD-Mitglieder** vor. Zu diesem herausragenden Zweck bat er folgende Kollegen vor das Plenum: Kollege **Otmar Maile** war seit 1995 Vorsitzender des Ortsverbandes **Heilbronn** und **Hubert Weber** bekleidete dieses Amt seit

1998 in **Heidelberg**. Die Kollegen **Klaus Tillmann** und **Werner Bohn** standen dem Ortsverband **Schwäbisch Hall** seit 1996 vor und sie richteten mit sehr großem Erfolg den Delegiertentag 2000 aus. Für dieses langjährige verdienstvolle und vorbildliche Engagement wurden sie vom Landesvorsitzenden mit einer Urkunde und einem eigens gestalteten „**BSBD**-Weinpräsent“ geehrt.

Ein außergewöhnliches Projekt und einen Spendenaufruf des Karlsruher **BSBD**-Kollegen **Christopher Rubertino** stellte der **Vorsitzende Schmid** ebenfalls vor. Eine Gruppe von neun Justizvollzugsbeamten mit einigen Freunden werden zu Gunsten **krebskranker Kinder des Olghospitals zu Stuttgart** an dem „Braveheart Battle 2012“ in Münsterstadt teilnehmen. Diese Aktion fand auch bei der ehemaligen **Boxweltmeisterin Regina Halmich** großen Anklang, so dass sie sich als Schirmherrin für dieses Projekt zur Verfügung stellte und das Team unterstützt. Über diese außergewöhnliche Aktion von Kollegen **Rubertino** für einen sehr guten Zweck informiert auch unsere Homepage **bsbd-bawue.de** unter „**Aktuelles**“ und „**Fachgruppen/Ortsverbände**“ mit der Überschrift: „**Ein Team – 24 Kilometer – 45 Hindernisse**“.

Abschließend bedankte sich der Vorsitzende nochmals bei dem Vorstandsmitglied **Lars Rinklin** für die Produktion des neuen **Mitgliedsausweises** in Scheckkarten-Format und dessen Verbreitung unter den Mitgliedern. Der Ausweis hat nicht nur die alten eingeschweißten Papierkarten abgelöst, sondern bietet auch noch die **Basis für Mitgliedervorteile**, die jeder Ortsverband ausweiten kann. (s. Artikel im **VOLLZUGSDIENST 4-5/2011, S. 17**)

Allen Bediensteten der Justiz
und allen treuen Mitgliedern des **BSBD**
wünschen der Landesvorsitzende und der Landesvorstand

**GESEGNETE FROHE WEIHNACHTEN und
VIEL GLÜCK, ERFOLG UND GUTE GESUNDHEIT
IM NEUEN JAHR 2012 !**

Unsere Gedanken sind mit großer Anerkennung
besonders bei denjenigen Kolleginnen und Kollegen,
die an Heilig-Abend und den
Weihnachtstagen, an Silvester und Neujahr solidarisch
und pflichtgetreu ihren Dienst verrichten.



Die „Vorstandsbank“

Bericht des Landesvorsitzenden

Mit seinem Bericht an den Hauptvorstand stieg der Landesvorsitzende Alexander Schmid mitten in das aktuelle landespolitische Geschehen ein, das derzeit von Streitereien, Unwägbarkeiten und unverständlichen Ansprüchen seitens der Landesregierung geprägt zu sein scheint. Auch die Chronologie der Verlautbarungen lässt sich nicht immer leicht erschließen.

Offenbar will die Landesregierung sparen um jeden Preis. Tatsache ist, dass die sprudelnden Steuerquellen in diesem Jahr dem Land rd. eine Milliarde EURO – andere Schätzungen sprechen gar von zwei Milliarden EURO – Mehr-Einnahmen beschern. Damit ist es möglich, in 2011 die Neuverschuldung auf null zu fahren. Dieses sicher erstrebenswerte Ziel soll auch für das Jahr 2012 erreicht

werden. Dazu sind aber – wie man hört – Einsparungen von rd. 380 Mio. Euro erforderlich. Da dieser Betrag allein aus den Ministerien nicht herausgepresst werden kann, sollen flächendeckend die Beamtinnen und Beamten des Landes 130 Mio. Euro zum Sparprogramm beisteuern. Dies soll erreicht werden, indem die ab 01.01.2012 beschlossene Besoldungserhöhung – gestaffelt nach Gehaltsgruppen – um einige Monate verschoben wird und die Beihilfe – insbesondere für Pensionäre – eingekürzt werden soll. Diese ganzen Maßnahmen sind deshalb nicht recht nachvollziehbar, weil die mittlerweile im Grundgesetz verankerte „Schuldenbremse“ für die Länder erst im Jahre 2020 – und nicht schon 2012 – definitiv eingehalten werden muss. Es besteht also keine Notwendigkeit, bereits zum jetzigen Zeitpunkt dieses Ziel anzupeilen.

Es könnte sogar für das Land sehr nachteilig werden, da zu erwarten ist, dass andere Bundesländer ihre ausgeglichenen Haushalte ohne Schulden bis 2020 nicht bewerkstelligen können. Wenn dann der Musterschüler Baden-Württemberg dies schon einige Jahre früher geschultert hat, liegt es nahe, unser Land mit hohen Summen über den Länderfinanzausgleich zum „Schuldenbremsen“ in anderen Bundesländern heranzuziehen. So wird unser solidarisches Gemeinwesen am Ende zu einer föderativ ausgenutzten Transfer-Republik.

Was den Beamtenbund und den einzelnen Beamten ganz besonders aufbringt und verärgert, ist der Umstand, dass die Grün-Rote-Koalition sich nach der Regierungsübernahme selbst verschwenderisch hohe Ausgaben genehmigte. So wurden im Juni/Juli 2011 für die Ministerien von heute auf morgen 180 neue Stellen geschaffen, die überwiegend sehr hoch dotiert sind und durch die noch recht junge Leute in die B-Besoldung gehievt wurden. Parallel dazu wurden viele langjährige, erfahrene und sehr verdienstvolle Beamte in den vorzeitigen Ruhestand geschickt, wodurch weitere erhebliche Pensionsverpflichtungen auf lange Dauer entstanden sind. Dem verdruckten Hinweis, dass ein Teil der neuen Stellen einen „kw-Vermerk“ trägt, vermag niemand so recht Glauben zu schenken. Kaum war diese von der Öffentlichkeit und von der Opposition heftig kritisierte Stellenvermehrung abgeschlossen, ging Ende Oktober 2011 eine neue Ungeheuerlichkeit durch die Presse: Zunächst sollten 100 und wenige Tage später 200 neue Stellen für die Ministerien geschaffen werden (BNN-Artikel: „Koalitionskrach um 200 neue Stellen in Ministerien“, 24.10.2011). Nach neuesten Meldungen (vom 12.11.2011) sind diese Zahlen nunmehr auf sieben

BRH BW fordert:

Pensionärs-Altersbezüge anpassen

Der Landesvorsitzende des Seniorenverbandes BRH BW, Dieter Berberich, begrüßte die zum Juli nächsten Jahres geplante Anhebung der Renten um mehr als zwei Prozent. Gleichzeitig fordert er die baden-württembergische Landesregierung auf, die Altersbezüge der Beamten anzupassen. Mit der Rentenerhöhung 2012 werden die Altersbezüge der ehemals im öffentlichen Dienst beschäftigten Tarifangehörigen aufgebessert. Allein im Hinblick darauf sei es weder gerechtfertigt noch nachvollziehbar, wenn die Landesregierung eine solche Anpassung den pensionierten Beamtinnen und Beamten versagt und ihnen stattdessen erneut drastische Sparopfer durch Anpassungsverzicht und Einschnitte bei der Beihilfe zumuten will, erklärte Berberich am 27. Oktober 2011 am Rande einer Sitzung des

geschäftsführenden BRH-Landesvorstandes in Stuttgart. Ein Abkoppeln der Pensionäre von der Besoldungsentwicklung und Eingriffe in die Krankenversorgung bewirkten sechs- bis achtprozentige Versorgungseinbußen. Allein schon solche Planspiele würden keiner anderen gesellschaftlichen Gruppierung zugemutet, empörte sich Berberich und warnte: „Wenn die Landesregierung von diesem Irrweg nicht ablässt, muss sie sich auf heftige Reaktionen der Betroffenen gefasst machen.“ Der SPD-Landtagsfraktion, die vor den Wahlen jegliche Einschnitte beim öffentlichen Dienst kategorisch von sich gewiesen hatte, empfahl er dringend, gegenüber der Aufbaugeneration keinen Wahlbetrug zu begehen. brh/November 2011

Der BSBD fragt mit dem BRH: „In welche Richtung soll denn nun die Anpassung gehen? Werden denn jetzt die Pensionen der Landesbeamten an die um 2,3 Prozent steigenden Renten (BRD-West) angepasst?“

(!) **Stellen für die Ministerien und – zur Besänftigung – auf fünf Stellen für nachgeordnete Behörden zusammengeschrumpft worden.** „Größter Profiteur ist Verkehrsminister **Winfried Hermann (Grüne)**, der somit insgesamt acht neue Stellen erhält.“ (BNN v. 12.11.2011). Der aufmerksame Beobachter sagt dazu nur: „**Auch das wird nichts mehr nützen!**“ Außerdem ist diese offenbar frei geschöpfte Neustellen-Arithmetik von 100 auf 200 und dann auf 7 und 5 entweder unglaublich oder eine Lachnummer. Indessen wird es wohl so sein: diese mehrfachen Anläufe wirken – hauptsächlich bei den **Grünen** – wie ein „**Parteifreunde-Versorgungsprogramm**“, was selbst dem Grünen Bürgermeister **Wölfe von Stuttgart** (versehentlich oder absichtlich?) aufgefallen ist.

Während auf diesen hohen Ebenen offenbar von Selbstbeschränkung nichts zu merken ist, kann dies ja bei den Beamten in den unteren Behörden durch verordnete Einschränkungen gerichtet werden. Und neben diesen Personalkosten schlagen weitere erhebliche Ausgaben zu Buche: 500 Mio. Euro für nebulöse Rückstellungen für Sanierungen, 250 Mio. Euro für die Abschaffung der Studiengebühren, geschätzte 350 Mio. Euro bis zu 1,6 Milliarden Euro für den Ausstieg aus Stuttgart21 (strittig), Kapitalerhöhung EnBW mit ca. 400 Mio. Euro, noch nicht beziffert: Einrichtung der Gemeinschaftsschulen.

Während **Finanz- und Wirtschaftsmi-**nister **Nils Schmid (SPD)** offensichtlich an begrenzte Sparmaßnahmen wie die Verschiebung bei der Besoldung und Einschnitte bei der Beihilfe denkt, werden vom **Ministerpräsidenten Kretschmann** eher strukturelle Veränderungen favorisiert. Dies ist allerdings nur eine schönfärbende und verschleiende Umschreibung für Grausamkeiten, die am Ende zu zweistelligen Prozentabschlägen bei den Einkommen der Beamten führen können. So wird in einer bekannt gewordenen „**Giftliste**“ folgendes reflektiert:

- Herausnahme des „**Weihnachtsgeldes**“ (integrierte Sonderzahlung) aus den **Pensionen** in fünf Tranchen; dies entspricht: ca. 2,8 % Pensionskürzungen und eine Entlastung des Landeshaushalts um insgesamt ca. 90 Mio. Euro.
- Schrittweise **Absenkung der Versorgung** um 5,22 % bis 2020; dies entspricht einer 5,2%-igen Pensionskürzung und entlastet den Landeshaushalt jährlich um ca. 13 Mio. Euro, am Ende um 190 Mio. Euro.
- Beschleunigte **Anhebung des Pensionsdienstalters**; Details noch unbekannt, erwartetes Einsparpotential von ca. 28 Mio. Euro.



Baden-Württemberg
DER JUSTIZMINISTER

Justizministerium Baden-Württemberg • Postfach 103461 • 70029 Stuttgart

BSBD - Landesverband Baden-Württemberg -
Herrn Landesvorsitzenden
Alexander Schmid
Justizvollzugsanstalt Konstanz
Wallgutstraße 2
78462 Konstanz

Datum 02.11.2011
Aktenzeichen 2716/0059
(Bitte bei Antwort angeben)

☛ Positionspapier des BSBD - Landesverbandes Baden-Württemberg - vom 3. Oktober 2011

Sehr geehrter Herr Schmid,

für die Übersendung des Positionspapieres des BSBD - Landesverbandes Baden-Württemberg danke ich herzlich.

Angesichts zahlreicher offener Fragen wie Umfang und Umsetzung der Einsparverpflichtungen im Staatshaushalt 2012, der Standort einer neuen Justizvollzugsanstalt im südwürttembergischen Raum und die Ausgestaltung der Rückkehr der Justizvollzugsanstalt Offenburg zum vollstaatlichen Betrieb vermag ich zu den darin enthaltenen Erwägungen derzeit noch nicht umfassend Stellung zu nehmen. Ich versichere Ihnen jedoch, dass wir Ihre Argumente bei den zu treffenden Entscheidungen berücksichtigen und weiterhin auf eine enge Zusammenarbeit mit dem BSBD Wert legen werden.

Mit freundlichen Grüßen



Rainer Stichelberger MdL

- Absenkung des **Beihilfebemessungssatzes für Ehepartner** von 70 % auf 60 %; Einsparvolumen: ca. 22 Mio. Euro.
- **Beihilfeabsenkung bei mitversicherten Kindern**; und zwar beim ersten und zweiten Kind nur noch 50 % und erst ab dem dritten Kind 80 % Beihilfeanspruch; dies entspricht Einsparungen von ca. 35 Mio. Euro jährlich.
- **Beihilfeabsenkung bei den Pensionären** von 70 % auf 60 %; dies entspricht einer 6 %-igen Versorgungskürzung mit einer Haushaltsentlastung von ca. 80 Mio. Euro jährlich.
- **Wegfall der linearen Besoldungs- und Versorgungsanpassung** um 1,2 % in 2012 mit einem Einsparvolumen von 200 Mio. Euro jährlich.
- Besoldungserhöhung 2012 **ohne** Pensionäre; Einsparvolumen: ca. 40 Mio. Euro.

Es ist schon erstaunlich, was Politiker und ihre gehorsamen Beamten auf hoher Ebene sich für ihre Kollegen in den Niederungen so alles einfallen lassen! Ebenso verwunderlich ist, dass sich zu diesem Komplex (oder

*Komplott?) die ansonsten allgegenwärtigen und unvermeidlichen **Polterpopulisten – die Herren Däke und Krabwinkel – vom Bund der Steuerzahler – oder der unübertroffene Versicherungsvorstandsberater – Professor Raffelhüschen – noch nicht zu Wort gemeldet haben; ist es selbst diesen nun zu viel geworden?***

*Man könnte aber auch mal umgekehrt denken: Wenn das Land schon geschätzte **zwei Milliarden Euro** mehr einnehmen sollte, könnte doch der Landesvater nur **mal 10 % davon an seine treuen Diener ausschütten** – dann bekäme jeder der 240.000 Beamten/innen in 2012 **833,- Euro Einmalzahlung**. Der kleine Vollzugsbeamte in A7 oder die neue Sozialarbeiterin in A9 würden sich darüber sicher ungeheuer freuen. Und in der freien Wirtschaft sind solche großzügigen Gesten verbreitet gang und gäbe. So hat die **Daimler AG** im April 2011 an jeden ihrer Mitarbeiter eine **Gewinnbeteiligung von 3.150,- Euro** ausgezahlt; dies war dem Gesamtbetriebsratsvorsitzenden **Klemm** noch viel zu wenig (Qu.: BNN v. 25.10.2011). Der Beamte kann von solchen Zuwendungen*

nur mit feuchten Augen träumen. Man sollte auch die Antworten der Regierungsparteien auf unsere **Wahlprüfsteine**, die immer noch auf unserer Homepage stehen und dort auch bis **2016 bleiben**, nicht vergessen. Auf die Beihilfe-Frage hat sich die **SPD von FWM Nils Schmid wie folgt festgelegt**: „Wir haben auch öffentlich deutlich gemacht, dass wir gegen Beihilfekürzungen bei den Pensionären sind. Dies gilt natürlich auch für die Pensionäre des Justizvollzugs. Und bei dieser Aussage bleibt es auch nach der Wahl.“ (Es ist nicht auszuschließen, dass nun in Regierungskreisen sehr genau nach dem Schreiber dieser vermaledeiten Zeilen gesucht wird.)

Gegen die oben aufgereihten, wüsten und enorm einschneidenden Spar-Vorstellungen hat sich der **BBW** mit seinem **Vorsitzenden Volker Stich** längst in Position gebracht und heftige Widerstände angekündigt – bis hin zum Gang vor das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe. Dies auch unter dem Gesichtspunkt, dass ohne die tatkräftige Mithilfe der Beamten bei der Stimmabgabe zu den **Wahlen am 27. März 2011** Grün-Rot nie und nimmer in die Regierungsverantwortung gekommen wäre. Allein ein um ein bis zwei Prozentpunkte niedrigerer Stim-

menanteil von Beamten hätte die jetzige Regierungsmehrheit scheitern lassen – und dies könnte nun (spätestens) 2016 ganz leicht geschehen.

Neben diesen allgemeinen Fragen, die alle Beamten betreffen, ist aber auch noch von **Personalabbau** in Behörden und Ämtern die Rede. Da die gesamten Personalkosten im Haushalt etwa 40 %, im Justizvollzug sogar 68 % betragen, werden auch hier entsprechende Spargedanken angestellt. Hierzu hat der Landesvorsitzende ein Positionspapier zur „**Personalsituation im Justizvollzug 2011**“ erstellt. Dieses Papier, das im vollen Wortlaut an **anderer Stelle in dieser Ausgabe abgedruckt** ist, wurde bereits **Herrn Justizminister Stickelberger**, seiner **Amtschefin Frau Limberg**, **Herrn Abteilungsleiter Futter** und **Herrn Personalreferenten Weik** im Ministerium übergeben.

Mit Datum vom 02.11.2011 hat **Justizminister Rainer Stickelberger, MdL** mit einem Brief auf dieses Positionspapier des **BSBD** bereits geantwortet und dem Landesvorsitzenden versichert, dass er weiterhin auf eine **enge Zusammenarbeit** mit dem **BSBD** Wert lege. (Das Schreiben ist **in dieser Ausgabe des VOLLZUGSDIENSTES** abgedruckt.)

den Vorstand nunmehr bewogen, für die Mitglieder des Landesverbandes Baden-Württemberg eine Beitragserhöhung von 1,25 Euro pro Mitglied und Monat vorzuschlagen. Der **Landesvorsitzende Schmid** bat den Landeshauptvorstand, diesem Vorschlag zuzustimmen, nicht jedoch, bevor er eine ausführliche Begründung dazu abgegeben habe. Er trug so dann seine schriftlichen Aufzeichnungen mit der Überschrift „**Was bietet mir meine Mitgliedschaft im BSBD?**“ zu den reichhaltigen Leistungen des **BSBD-Landesverbandes** und zu den Gründen der Beitragserhöhung vor. Dieser Bericht ist an **anderer Stelle dieser Ausgabe vollständig abgedruckt** und inzwischen auch an alle Ortsverbände und Fachgruppenvertreter verteilt worden.

Der Bericht und das Vorhaben der Beitragserhöhung löste eine breite **kontroverse Diskussion** aus. Insbesondere wurde dem Vorsitzenden und dem Landesvorstand vorgehalten, die Mitglieder des Landeshauptvorstandes völlig überraschend und unvorbereitet getroffen zu haben. Vor der Sitzung habe es weder schriftliche Informationen noch gar einen Antrag gegeben und auch aus dem Tagesordnungspunkt sei mit dem Begriff „Beitragsanpassung“ nicht unbedingt eine „Beitragserhöhung“ ersichtlich gewesen. Damit sei auch die Möglichkeit genommen worden, die Ortsverbände in den Anstalten auf eine Beitragserhöhung entsprechend vorzubereiten und es werde befürchtet, dass gerade zum jetzigen Zeitpunkt, zu dem die Sparpläne der Landesregierung in aller Munde seien, eine Beitragserhöhung zu vielen Aus-

Landeskasse und Beitragsanpassung

Nach Vorstellung des **Kassenberichts 2010** durch **Landeskassier Frank Martins** und nach Vortrag des schriftlich vorliegenden Prüfberichts der beiden **Kassenprüfer Nagel** und **Vogginger** wurden auf Antrag die Landeskassiere **einstimmig entlastet**. Unter dem Beifall der Hauptvorstände sprach der Landesvorsitzende Schmid den Kassieren seinen besten Dank für ihre geleistete Arbeit aus.

In seinem folgenden Bericht ging der Landesvorsitzende sehr ausführlich auf die **künftige Beitragsgestaltung** ein, die nicht nur den **BSBD-Landesverband**, sondern insbesondere den **Beamtenbund Baden-Württemberg (BBW)** und den **BSBD-Bund** betrifft. Wie erst vor kurzem definitiv bekannt wurde, plant der Beamtenbund Baden-Württemberg für 2012 eine Beitragserhöhung um 0,20 Euro je Mitglied und Monat. Ebenso ist vom **BSBD-Bund** vorgesehen, die an ihn abzuführenden Beiträge um ca. 0,30 Euro je Mitglied und Monat – mit einer

gewissen zeitlichen Staffelung – zu erhöhen. Diese beiden Faktoren und die vom Landesvorstand geplante Aufstockung der **Beitragsrückerstattung** an die Ortsverbände (von 0,50 auf 0,60 Euro) haben



Der Landeshauptvorstand – Blick ins Plenum.

Extra günstig vom Spezialisten anrufen und testen.

0800 - 1000 500

Free Call

Wer vergleicht, kommt zu uns, seit über 35 Jahren.



Beamtendarlehen **supergünstig**
5,27% effektiver Jahreszins*
Laufzeit 7 Jahre

- Umschuldung: Raten bis 50% senken
- Beamtendarlehen ab 10.000 € - 125.000 €
- Baufinanzierungen günstig bis 120%

AK FINANZ

Kapitalvermittlungs-GmbH
E3, 11 Planken
68159 Mannheim
Fax: (0621) 178190-25
Info@AK-finanzz.de

www.AK-Finanz.de

*Spezialdarlehen: Beamte / Angestellte ö.D.

Außerst günstige Darlehen z.B. 30.000 € Sollzins (fest gebunden) 5,15%, Lfz. 7 Jahre, mtl. Rate 426 € effektiver Jahreszins 5,27%. Bruttobetrag 35.784 € Sicherheit: Kein Grundschuldentwurf, keine Abtretung, nur stille Gehaltsabtretung. Verwendung: z.B. Modernisierung rund ums Haus, Ablösung teurer Ratenkredite, Möbelkauf etc. Vorteile: Niedrige Zinsen, feste Monatsrate, Sondertilgung jederzeit kostenfrei, keine Zusatzkosten, keine Lebens- Renten oder Restschuldversicherung.

Debeka

Lebensversicherungsverein a. G.



Jetzt Dienstunfähigkeit absichern!

Mit der Berufung in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit ist die Versorgung bei Dienstunfähigkeit noch keineswegs gesichert. Noch gravierender sieht die Situation als Beamter auf Probe bzw. auf Widerruf aus.

Die Versorgungslücke zwischen Arbeitseinkommen und Pension wird immer größer. Wenn Sie Ihre Existenz nicht aufs Spiel setzen wollen, sichern Sie Ihre Arbeitskraft jetzt privat ab.

Wir haben spezielle Angebote für Sie. Rufen Sie uns an.

anders als andere



Debeka-Hauptverwaltung
Ferdinand-Sauerbruch-Str. 18
56058 Koblenz
Telefon (02 61) 4 98 - 0
www.debeka.de

Debeka

treten aus dem **BSBD** führen könnten. Weitere Diskussionsbeiträge betrafen die Beitragsgestaltung für Anwärter, für Pensionäre und eine Stafflung für verschiedene Besoldungsgruppen.

Als **Fazit** aus der Diskussion ist zu konstatieren, dass nach mehr als zehn Jahren Beitragsstabilität der Hauptvorstand durchaus eine Beitragserhöhung um 1,25 Euro für angemessen hält und auch bereit ist, dies mitzutragen. Heftig bemängelt wird jedoch die Vorgehensweise und der alsbald anstehende Zeitpunkt bereits im Jahre 2012.

Der Landesvorsitzende Alexander Schmid nahm diese Einwände sehr ernst und räumte ein, dass durchaus **Verfahrensfehler** unterlaufen seien. Man möge dies noch seiner „Unerfahrenheit“ zuschreiben. Es sei jedoch sehr schwierig gewesen, eine entsprechende Vorlaufzeit

vor der Hauptvorstandssitzung zu erreichen, da auch dem **BSBD**-Landesvorstand erst kurzfristig die konkreten Absichten der Dachverbände **BBW** und **BSBD**-Bund bekannt gemacht worden seien. Dadurch sei man unter einen bedauerlichen Zugzwang geraten. In der Sache sei jedoch eine Beitragserhöhung unumgänglich, um die höheren Abgaben an die Dachverbände schultern, den Leistungsumfang des Landesverbandes erhalten und die Ortsverbände mit einer erhöhten Rückerstattung fördern zu können. Zudem gab der Vorsitzende zu bedenken, dass der **BSBD**-Landesverband mit einer relativ kleinen Mitgliederzahl dem bei weitem **niedrigsten Monatsbeitrag** erheben würde, während andere Gewerkschaften das Mehrfache davon bis hin zur Abgabe von **einem Prozent des monatlichen Bruttoeinkommens** ver-

langen würden. Zur weiteren sachlichen Darstellung verwies dann **Landeskassier Frank Maertins** auf den Haushaltsvoranschlag 2012, der den Mitgliedern des Landeshauptvorstandes mit der Einladung zur Sitzung in der zweiten Septemberhälfte bereits zugestellt worden war. Aufgrund der zu erwartenden Abgaben und Ausgaben habe der Vorstand in diesen Haushaltsvoranschlag 2012 die Beitragserhöhung um 1,25 Euro bereits aufgenommen und eingerechnet. Ebenso mussten die höheren Abgaben berücksichtigt werden. Insofern waren diese Erhöhungen auch rechtzeitig bekannt gemacht, eine begleitende Erläuterung – und Antragstellung – wären jedoch korrekter und von großem Vorteil gewesen.

Nach Anfragen aus dem Plenum und nach Ausführungen des Justizars könne mit der Annahme des Haushaltsvoranschlags 2012 auch die damit verbundene Beitragserhöhung beschlossen werden. **Auf Antrag aus dem Plenum erfolgten dann getrennte Abstimmungen, bei denen die Beitragserhöhung um 1,25 Euro pro Mitglied und Monat sowie die Annahme des vorgelegten Haushaltsvoranschlags 2012 auf der Grundlage der neuen Mitgliederbeiträge jeweils mit großer Mehrheit angenommen wurden.**

Zu dieser schwierigen und sensiblen Frage sehen jedoch der Landesvorsitzende und der Vorstand weitere eingehenden Klärungsbedarf, und dies nicht nur, weil eine nachdrückliche Beschwerde eines Ortsverbandes eingegangen ist. Ob in der Sache und/oder im Verfahren noch Modifikationen oder eine Novellierung angestrebt werden sollen, wird der Landesvorstand bei seiner Sitzung am 25. November 2011 in Schwäbisch Gmünd beraten. Auf jeden Fall wird diese Thematik als Tagesordnungspunkt für die Frühjahrsitzung des Landeshauptvorstandes aufgenommen.

Rechtschutzangelegenheiten mit dem Schwerpunkt „Beihilfe“

Zu dem zentralen Punkt der „Beihilfe“ berichtet der Justiziar des Landesverbandes – **Kollege Maurer-Hellstern** – von einer zunehmenden Zahl von Fällen, in denen das Landesamt für Besoldung und Versorgung Baden-Württemberg erhebliche **Abstriche an der Erstattung von Krankheitskosten** vornimmt und **Auflagen für künftige Behandlungen** macht. Dies betraf insbesondere stationäre Behandlungen, die sich rasch zu hohen und von der Beihilfe dann nicht erstatteten Behandlungskosten auftürmen könnten. Konkret seien Fäl-

le bekannt, in denen die Klinikkosten zunächst anteilig übernommen worden sind, im Verlauf der Behandlung jedoch darauf hingewiesen wurde, dass von anderen Kliniken niedrigere Sätze verlangt werden. Aufgrund dieser Vergleichsrechnung habe die Beihilfe dann nur noch den niedrigeren Satz erstattet und nach eingelegtem Widerspruch darauf hingewiesen, dass künftig nur noch die Behandlungskosten der günstigeren Klinik übernommen würden. Dies würde

gerade bei **chronisch Kranken** zu ganz erheblichen Einschränkungen führen, da Folgebehandlungen gewissermaßen neu begonnen werden müssten, weil die Erkenntnisse des bisher behandelnden Arztes ja wegfallen würden. Dies könne zum einen zu dennoch erhöhten Kosten und zum anderen zu einer qualitativ verminderten Behandlung führen.

In der Folge von solchen einschränkenden bzw. ablehnenden Beihilfebescheiden müsste die Differenz bei den

Behandlungskosten entweder vom Beihilfeberechtigten selbst bezahlt oder mit der Klinik bzw. dem Arzt über eine Reduzierung der Rechnung verhandelt werden. Nach bisheriger Erfahrung würden Kliniken häufig auf den Differenzbetrag verzichten, womit die Sache dann in diesem Fall erledigt wäre. Dies kann und wird jedoch sicher nicht zum Dauerzustand werden, sodass zunehmend mit Widersprüchen und mit Verfahren vor den Verwaltungsgerichten zu rechnen sei.

Personalsituation Justizvollzug

Hintergrund sind die aktuellen Einsparpläne der Landesregierung

Der Justizvollzug verfügt über 17 Justizvollzugsanstalten mit 24 Außenstellen, zwei Jugendarrestanstalten, ein Justizvollzugskrankenhaus, eine Sozialtherapeutische Anstalt sowie eine Justizvollzugsschule. Die vielfältigen Aufgaben des Justizvollzuges mit dem Ziel der Resozialisierung der Gefangenen und dem Schutz der Allgemeinheit können nur mit einer angemessenen Personalausstattung erfüllt werden.

Es trifft zu, dass die durchschnittlichen Gefangenenzahlen von 2000 bis 2010 (im geschlossenen und offenen Vollzug) um ca. 1000 Gefangene zurück gegangen sind (Durchschnittsbelegung 2011 bei ca. 7600 Gefangenen). In der Struktur des Justizhaushaltes besteht die Besonderheit, dass der Personalkostenanteil mit 68 % höher liegt als im Landesdurchschnitt mit 40 %. (Der Justizvollzug verfügt zum 01.01.2011 über 3693 Personalstellen).

Neben den allgemeinen Bemühungen um Personalkostenreduzierung lassen es diese Umstände vordergründig opportun erscheinen, auch im Justizvollzug Stellen einsparen zu wollen. Bei näherem Hinsehen wird aber klar, dass es gegenüber den Bürgern und den Bediensteten vertretbare Möglichkeiten der Einsparung im Personalbereich des Justizvollzuges nicht gibt.

Diese feste Überzeugung beruht auf folgenden Erwägungen:

1. 101 Stellen, die zum vollstaatlichen Betrieb der JVA Offenburg notwendig sind, sollen erst im Haushalt 2013/14 eingestellt werden.
2. Zwar gibt es aus alten Sparbemühungen der Vorjahre noch 100 gestundete (nicht eingesparte) Stellen in der Gesamtjustiz, jedoch ist diese Einsparverpflichtung aus dem Gedanken eines schon überstrapazierten, weil personell unterversorgten Justizvollzuges bisher nicht umgesetzt worden.
3. Nach der Kündigung des Vertrages der privaten Überwachung der Abschiebehaft durch die Firma Securitas in der JVA Mannheim werden die dort notwendigen 12 zu besetzenden staatlichen Stellen aus dem vorhanden Pool des Justizvollzuges zu stemmen sein.
4. Das Argument der gesunkenen Gefangenenzahlen überzeugt nicht, da es nie einen Personalzugang im Justizvollzug in Zeiten der permanenten Überbelegungen gab. Die jetzt vorhandenen Stellen entsprechen einem im Bundesvergleich im unteren Drittel zu sehenden Personalanteil im Justizvollzug.
5. Es werden zwar zur Erfüllung der neuen Aufgaben rund um die Sicherungsverwahrung in Baden-Württemberg 16 neue Stellen geschaffen. Diese reichen aber für einen

verfassungskonformen Vollzug der Sicherungsverwahrung nicht aus. Die darüber hinaus gehenden Zusatzbelastungen werden deshalb durch vorhandenes Personal aufzufangen sein.

6. Durch die Übertragung neuer Aufgaben im Zuge der Einführung des Justizvollzugsgesetzbuches 2010 wäre auch mehr Personal notwendig gewesen. Hier ist nie ein Personalzuwachs erfolgt.
7. Durch die Einführung des neuen Dienstrechtes wären ca. 20 neue Stellen im Bereich des Justizvollzuges zur Kompensation für teilweise vermehrte Freistellungen usw. erforderlich gewesen. Auch hier ist kein Personalzuwachs erfolgt.
8. Im Justizvollzug sind auf Grund gestiegener Sicherheitsanforderungen infolge organisierter Kriminalität, Suchtverhaltens von Gefangenen, massiver psychischer Störungen bei Gefangenen u.v.m. in größerem Umfang als in anderen staatlichen Bereichen Zusatzaufgaben durch Kolleginnen und Kollegen wahrzunehmen. Es sind dies beispielsweise technische Wartungstätigkeiten, Dienstsport, Desinfektoren, Kontrollen von Fernmelde- und Kommunikationseinrichtungen, Kriseninterventionen und nebenamtliche Betreuungen von Gefangenen. Auch hier erfolgt kein Personalzuwachs.
9. Das vorhandene staatliche Personal kompensiert in überobligatorischer Weise schon heute die „Auflösungerscheinungen“ beim privaten Personal der Firma Kötter, ohne dass hier ein derzeit absehbarer personeller Ausgleich erfolgt. Hier sehen wir bereits jetzt erhebliche Sicherheitsdefizite im Betrieb der JVA Offenburg.
10. Im Jahr 2010 leistete der Justizvollzug in einem Umfang von 14.000 Stunden Amtshilfe bei Gerichtsvorfürungen. Im Jahr 2011 fielen im Zeitraum von Januar bis Juli bereits 20.000 Stunden für alle Vorfürungen von Gefangenen an, ohne dass ein Personalzuwachs erfolgt ist bzw. absehbar wäre.

Wer daher weiterhin politisch auf einen zwar „schlanken“, aber funktionierenden Justizvollzug setzt, der kann sich keinesfalls ernsthaft mit weiteren Stelleneinsparungen im Justizvollzug beschäftigen.

Wir fordern, um die sichere Unterbringung von Straffälligen zum Schutz aller Bürgerinnen und Bürger und deren wirksame Behandlung gewährleisten zu können, eine personelle Mindestausstattung auf wenigstens dem derzeitigen Niveau.

Wir fragen, wo die Fürsorge und der Eigenschutz für unsere Kolleginnen und Kollegen in den Justizvollzugsanstalten in Baden-Württemberg bleiben, wenn an der „Personalschraube“ gedreht werden würde?

Wir sagen, wie auch der Justizminister Rainer Stickelberger am 28.07.2011 gegenüber dem BSB-D-Landesvorstand: „Justizvollzug ist staatliche Pflichtaufgabe und keine Kür“

Alexander Schmid

Da das Landesamt bei solchen ablehnenden Bescheiden regelmäßig nur allgemeine pauschale Gründe anführt und keine Einzelprüfung vornimmt, wird von den Verwaltungsgerichten häufig informell darauf hingewiesen, dass diese Vorgehensweise unzulässig sei. Ebenso regelmäßig reagiert dann die Beihilfestelle damit, die entstandenen Behandlungskosten vollständig zu erstatten.

Der Justiziar sieht in diesen Vorgängen ganz massive Eingriffe in die Grundsätze des Berufsbeamtentums, die von Fürsorgepflicht und Vertrauensschutz geprägt sein müssen. Diese Grundsätze sieht er gewissermaßen durch die „Hintertür“ unterwandert. Der Gipfel der Unerträglichkeit wird dann erreicht, wenn das Landesamt in Widerspruchsbescheiden formuliert, dass die verminderte Erstattung als „**persönliche Härte**“ hingenommen werden müsste. Bei einem schwer chronisch Erkrankten kann dies nur als reiner Zynismus ankommen.

Auswege werden darin gesehen, dass sich Kolleginnen und Kollegen keineswegs mit diesen Einschränkungen abfinden und selbst durch Bezahlung regeln sollten, sondern dass entsprechend **Widersprüche** einzulegen seien. Hier werde auch der **Rechtsschutz des BSBD** selbstverständlich eingreifen, auch wenn Mehrkosten entstehen werden. Abzuraten sei auf jeden Fall, sich bei privaten Krankenversicherungen für eventuelle Beihilfelücken zusätzlich zu versichern, da diese auch nicht immer greifen würden. Vor allem müsse aber auch der **BBW** aktiv werden, da diese Einschnitte bei der

Beihilfe ja alle Landesbeamten betreffen würden. Der **BSBD**-Landesverband werde bei der Vorlage entsprechender Fälle dem Dachverband eingehend informieren.

Tarifangelegenheiten

Da es immer mehr Tarifbeschäftigte im Justizvollzug gibt, sei es unbedingt erforderlich, diesen Bereich im Landesverband besser aufzustellen. Der Vorsitzende **Schmid** berichtet darüber, dass hier vermehrt Anfragen aus den Anstalten eingehen, die von einer **Arbeitsgruppe** gut behandelt werden könnten. Dazu wurden erfahrene und gut informierte Kolleginnen und Kollegen angefragt und nunmehr ist eine Arbeitsgruppe vorgesehen, der die **Kolleginnen und Kollegen Ensel-Bohn, Fimmler, Lehrer, Mehlfeld und Ruland** angehören sollen. Diese werden nun über die Möglichkeiten einer „**AG Tarif**“ beraten und bei der nächsten Landeshauptvorstandssitzung im Frühjahr 2012 darüber berichten.

Satzungsänderungen

Der Vorsitzende der Satzungskommission Georg Konrath bat, den überarbeiteten Satzungsentwurf, der Ende Juli 2011 an die Ortsverbände verschickt worden ist, zu prüfen und eventuelle Änderungsvorschläge zurückzusenden. Diese könnten dann vom Vorstand erörtert und eventuell eingearbeitet werden. Er hob einige kurze Passagen hervor und wünschte sich bei der **Frühjahrstagung** einen regen Meinungsaustausch.

Anträge

Aufgrund eines Antrags des **Ortsverbands Ravensburg** vom 04.02.2011 zur Anrechnung von Dienstsport im Verwaltungsdienst informierte der **Vorsitzende Schmid** darüber, dass die **Ausübung des Dienstsports** nur dem allgemeinen Vollzugsdienst vergütet wird, da der Dienstsport nur bei dieser Dienstgruppe zur „**rechtlichen Laufbahnvoraussetzung**“ gehören würde. Da diese Voraussetzung bei anderen Dienstgruppen nicht bestehen würde, sei somit auch kein rechtlich abgesicherter Anspruch vorhanden.

Bei der aktuellen Sitzung des Hauptvorstandes lagen **zwei Anträge** vor.

Der **Ortsverband Bruchsal** beantragte die **Erhöhung der Beitragsanteile an die Ortsverbände** von derzeit 0,50 Euro auf 0,75 Euro. Dazu verwies der Vorsitzende bereits auf die beschlossene Beitragsanteile-Erhöhung um 0,10 Euro durch die Abstimmung zur Beitragsanpassung.

Diese Mittel sollen ein Grundpfeiler für aktive Ortsverbände sein, die zudem jedoch noch **weitere Gelder für Veranstaltungen** von der Landeskasse beantragen können. Je mehr Aktivitäten dem Kassier gemeldet werden, desto mehr Mittel werden den Ortsverbänden zur Verfügung gestellt.

Der zweite Antrag vom **Ortsverband Heilbronn** beschäftigte sich mit **Beförderungsangelegenheiten**, die Beamte betreffen, die aufgrund nicht ausreichender Beurteilungen sehr lange auf der gleichen Amtsstufe stehen bleiben. Da hierzu die Rechtslage sehr kompliziert ist,

Veröffentlichung aus: Badische Neueste Nachrichten vom 22. Oktober 2011, Seite 9

Körperkurierere im Knast

Vollzugsbeamte warnen vor Dreh an „Personalschraube“

Karlsruhe (raha). Der Justizvollzug im Land leidet in diesem Jahr unter einer Vielzahl aufwändiger Prozesse mit jeweils mehreren Angeklagten. Um die Gefangenen zu Gericht zu bringen, fielen im vergangenen Jahr insgesamt 14 000 Stunden Amtshilfe an, in diesem Jahr waren es bereits zwischen Januar und Juli rund 20 000 Stunden. Diese Zahlen nannte der Landesvorsitzende des Bundes der Strafvollzugsbediensteten (BSBD), Alexander Schmid, in einem BNN-Gespräch am Rande der Landeshauptvorstandssitzung in Karlsruhe.

Die im Beamtenbund organisierte Strafvollzugs-Gewerkschaft warnt die grün-rote Landesregierung deshalb, weiter an der „Personalschraube“ im Vollzug zu drehen. Zwar sei die Zahl der Gefangenen im Südwesten gesunken, doch gleichzeitig kämen auch neue Aufgaben auf die Vollzugsbeamten wie die Reform der Sicherungsverwahrung zu. Die für Bruchsal und Freiburg vorgesehenen zusätzlichen 16 Planstellen würden bei weitem nicht ausreichen. „Im Bundesvergleich liegen wir beim Personalanteil immer noch im letzten Drittel“, sagt Schmid, der seit eineinhalb Jahren an der BSBD-Spitze

steht. In Baden-Württemberg gibt es rund 3 700 Vollzugsbeamte, die für insgesamt 17 Anstalten sowie weitere Einrichtungen zuständig sind. Die vom neuen Justizminister Rainer Stöckelberger (SPD) angekündigte Rücknahme der Teilprivatisierung der neuen Offenburger Haftanstalt wird vom BSBD begrüßt.

Die von Grün-Rot geplanten Einsparungen bei den Beamten etwa bei der Beihilfe (die BNN berichteten) stößt bei den Vollzugsbeamten auf Ablehnung. „Da gibt es existenzielle Ängste, wenn plötzlich 150 Euro bei der Pension einfach so wegfallen sollen“, sagt Schmid und verweist darauf, dass zwei Drittel der Vollzugsbediensteten nur im schlechter bezahlten, mittleren Dienst tätig seien. Als ein Hauptproblem im Gefängnisalltag sieht der Landesvorsitzende das Thema Drogen an. So werde das Rauschgift zunehmend von so genannten Körperkurierern hinter Gitter geschmuggelt. Eine „hochproblematrische Gruppe“ seien weiterhin die inhaftierten Russlanddeutschen, die staatliche Organe ablehnten und ihre eigenen „Knastgesetze“ durchsetzen wollten.





Für zwei neue Mitglieder: Fahrt im BGV-Ballon.

wird dieser Antrag – ebenso wie der erste – als **Arbeitsmaterial** vom Landeshauptvorstand angenommen.

BSBD geht mit BGV „in die Luft“ und Frühjahrssitzung

Zum Abschluss der Herbstsitzung in Karlsruhe wies der Vorsitzende noch darauf hin, dass Abteilungsleiter **Erwin Friess** von der BGV für den **BSBD-Landesverband zwei Fahrten im Heißluftballon des BGV „gesponsert“** habe. Der Landesvorsitzende sprach unter dem Beifall der Anwesenden seinen herzlichen Dank aus.

Diese beiden Freifahrten im Ballon sollen unter allen **Neumitgliedern**, die zwischen dem **01.11.2011 und dem 01.03.2012** in den **BSBD-Landesverband** eintreten, verlost werden. Entsprechende Aushänge – mit Bild – werden den Ortsverbänden zugestellt.

Die Frühjahrssitzung des Landeshauptvorstandes wird voraussichtlich am **16. März 2012** in Stuttgart stattfinden. *wok*

Richtigstellung

In Heft 4-5/2011 des **VOLLZUGSDIENST** wird auf Seite 18 mitgeteilt, dass das Landessportfest im Jahre 2013 in Stuttgart stattfinden werde. **Diese Ortsangabe ist unzutreffend!** Richtig ist, dass das Landessportfest, das künftig im Zwei-Jahres-Abstand durchgeführt wird, **im Jahre 2013 in ULM** ausgerichtet wird. Wir bitten, das Versehen zu entschuldigen!

BBW Beamtenbund Tariffunion

130 Millionen-Sparpaket der Landesregierung: die Details

1. **Verschiebung der Anpassung der Besoldung und Versorgung 2012** auf
 - 1.3.2012 (bis Besoldungsgruppe A 10) und
 - 1.8.2012 (ab Besoldungsgruppe A 11).
2. Anhebung der **Kostendämpfungspauschale** gem. § 15 Abs. 1 BVO ab dem Jahr 2012 um 25 %.

Stufe	Bezüge nach Besoldungsgruppen	bisheriger Stand		vorgesehen ab 2012	
		Aktive	Versorgungsempfänger	Aktive	Versorgungsempfänger
1	A 6 bis A 9	75,00 €	60,00 €	94,00 €	75,00 €
2	A 10 bis A 12	90,00 €	80,00 €	113,00 €	100,00 €
3	A 13 bis A 16 B 1 und B 2 R 1 und R 2 C 1 bis C 3 H 1 bis H 3 W 1 und W 2	120,00 €	100,00 €	150,00 €	125,00 €
4	B 3 bis B 6 R 3 bis R 6 C 4, H 4 und H 5 W 3	180,00 €	150,00 €	225,00 €	188,00 €
5	Höhere Besoldungsgruppen	270,00 €	240,00 €	338,00 €	300,00 €

3. Anhebung des **Eigenbetrags für Wahlleistungen** gem. § 6a Abs. 2 BVO von 13 € monatlich auf 22 € monatlich (Steigerung um 70 %!). Dies bedeutet einen zusätzlichen Jahresbetrag in Höhe von 108 €. Begründet wurde diese Erhöhung von der Landesregierung mit der Festlegung eines kostendeckenden Beitrags für Wahlleistungen, nachdem die hierauf beruhenden Wahlleistungen in den letzten Jahren stark angestiegen seien.
4. Zu diesem **„vorläufigen regierungsamtlichen Endergebnis“** meint der **BSBD**: *Auch diese – im Vergleich zur „Giftliste“ – etwas abgespeckte Version des Sparprogramms vermag weder den BSBD noch besonders den BBW zu besänftigen oder gar zu befrieden. Denn: geht's dem Land schlecht, geht's auch den Beamten schlecht; das wird solidarisch mitgetragen. Aber: geht's dem Land gut, geht's den Beamten auch schlecht; daraus lernen wir: den Beamten geht's immer schlecht! Wir können's unwidersprochen nicht mehr ertragen!* *wok*

Sagen sie Ja zu einer starken Interessenvertretung im Justizvollzug

Was bietet mir meine Mitgliedschaft im BSBD?

1. Einflussnahme und konstruktive Kritik auf **politischer Ebene** und **allen Verwaltungsebenen** zur Durchsetzung von Verbesserungen in allen Laufbahnen und für alle Berufsgruppen im Justizvollzug (incl. für Pensionäre) – **wichtiger und aufwändiger denn je**: seit der Föderalismusreform mit all-umfassender Gesetzgebungskompetenz beim Land.
2. Vertretung der Interessen des Justizvollzugs im Vorstand des **Beamtenbundes Baden-Württemberg (BBW)**
3. Vertretung der Interessen des Justizvollzugs beim **BSBD-Bund**.
4. Vertretung der Interessen des Justizvollzugs auf europäischer Ebene in der „**CESI**“ durch den Dachverband **BSBD-Bund**.
5. Kooperation mit dem Bund der Ruhestandsbeamten, Rentnern und Hinterbliebenen (BRH) zur Durchsetzung der Interessen dieser Zielgruppe und aller künftig Betroffenen
6. Der **BSBD** ist die mit weitem Abstand größte Interessenvertretung mit über 50-jähriger Tradition und vertritt alle Bereiche des Justizvollzugs
7. Mitglieder erhalten qualifizierten dienstlichen **Rechtsschutz** nach Entscheidung durch den Justitiar des Landesvorstandes. Wir bieten genau den auf die jeweilige Situation passgenauen solidarischen Schutz:
 - Dienstleistungszentrum Südwest des dbb (Rechtsanwälte mit dem notwendigen *Spezialwissen für den Öffentlichen Dienst*)

- Renommierte „Fachkanzlei Seidler“ in Weil am Rhein
 - Anwalt der eigenen Wahl vor Ort (bei zwingender Notwendigkeit)
 - Übernahme der Rechtsschutzkosten bis 1.025 € (wird 2012 erhöht)
8. **Versicherung bei Schlüsselverlust** bis zu 51.130 € je Schadensfall.
 9. **Diensthaftpflichtversicherung**
 10. **Freizeit- und Unfallversicherung** (Krankenhaustagegeld 3,85 €, Leistungen bei Invalidität und Tod 3.068 € bzw. 1.023 €).
 11. **Sterbegeldversicherung** (im Todesfall 615 €/durch Unfall 1.230 €/bei Dienstunfall 1.535 €).
 12. Vielfältige „**Mitgliedervorteile**“ bei unseren Vertragspartnern, die zu 100 % an Sie weiter gegeben werden (alleine dadurch können Sie den BSBD-Beitrag oft schon finanzieren).
 13. Kostenlose „**kollegiale Beratung**“ vor Ort durch die Kollegen und Kolleginnen der örtlichen Vorstände.
 14. Kostenlose Mitgliederzeitschrift **DER VOLLZUGSDIENST**.
 15. **Aktuelle Informationen** für unsere Mitglieder über Email, AKTUELLS, Aushänge, Versammlungen und im Mitgliederbereich: www.bsbd-bawue.de
 16. Spezifische Vertretung der Interessen einzelner Gruppen und Laufbahnen durch „**Fachgruppenvertreter im Landesverband**“.
 17. Hochwertige personalvertretungsrechtliche Kompetenz durch Ihr Auftragsmandat an den **BSBD** in allen relevanten Gremien der **Personalvertretungen**.
 18. Kompetenter **Tarifpartner** durch intensive Vernetzung mit den Dachverbänden.
 19. Durchführung von **Aus- und Fortbildungsveranstaltungen** für verschiedenste Gruppen (z.B. Personalräte, Tarifbeschäftigte, Junge Bedienstete, Weibliche Bedienstete und Pensionsnahe Jahrgänge).
 20. Organisation von **kameradschaftlichen Veranstaltungen** in den Ortsverbänden (auch für Pensionäre).
 21. **Zuschüsse** für die Teilnahme an Veranstaltungen und Ausflügen.
 22. Teilnahme an politischen Weiterbildungen in der **dbb-Akademie Königswinter**.

Warum ist es zum jetzigen Zeitpunkt notwendig Beiträge anzupassen?

1. Der Beamtenbund Baden Württemberg (**BBW**) plant eine Beitragsanpassung spätestens 2012 um **20 Cent** je Mitglied und Monat
2. Der **BSBD**-Bund plant eine Beitragsanpassung um ca. **30 Cent** je Mitglied

- und Monat gestaffelt über die nächsten 2-3 Jahre
3. Die Beitragsrückerstattung an die Ortsverbände durch den Landesverband soll zur Finanzierung und Unterstützung der Aktivitäten der Ortsverbände von **0,50 € auf 0,60 €** angehoben werden. Die Zuschüsse für Aktivitäten bleiben selbstverständlich bestehen und sind ggf. ausbaufähig.
 4. Die Beiträge im Landesverband sind seit **mehr als 10 Jahren** nicht angepasst worden, also entspräche eine solche Anhebung einer ca. 2%-Anhebung pro Jahr bezogen auf den Zehnjahres-Zeitraum.
 5. Sämtliche Kosten für Aktivitäten wie z.B. Veranstaltungen sind in den letzten Jahren konstant gestiegen.
 6. Politische Vertretung zur Sicherung und Verbesserung der Besoldungsstrukturen (incl. der Pensionen) im Justizvollzug kostet Geld
 7. Politische Vertretung zur Sicherung und Verbesserung der Personalausstattung im Justizvollzug kostet Geld.
 8. Andere Interessenvertretungen und Gewerkschaften haben schon immer wesentlich höhere Beitragssätze (**0,8-1,0% vom Bruttogehalt**). Im **BSBD** Landesverband Baden-Württemberg gibt es ausschließlich ehrenamtliche Mitarbeiter auf allen Ebenen, die z.T. jahrzehntelange Erfahrungen aus ihrem dienstlichen Alltag in die Verbandsarbeit mit einbringen und daher wissen, worüber sie reden.

Dem **BSBD** ist das Kunststück gelungen, trotz deutlich verbesserten Dienstleistungen für seine Mitglieder die Beiträge in den letzten 10 Jahren nicht zu erhöhen. Dazu haben vor allem diszipliniertes Ausgabenverhalten und eisernes Sparen beigetragen. Inzwischen müssen wir aber der Realität Tribut zollen und uns den deutlich gestiegenen Kosten und Abgaben an unsere Dachverbände stellen.

Nach Abwägung all dieser Aspekte kommen wir als Landesvorstand zu der Auffassung, dass eine moderate Beitragsanpassung von monatlich 1,25 € je beitragspflichtigem Mitglied zur Aufrechterhaltung der Qualität der Arbeit aller Gremien des BSBD – egal ob Ortsverband, Delegiertentag, Landeshauptvorstand oder Landesvorstand unerlässlich ist. Der Beitrag zum BSBD sichert Ihre Teilhabe am sozialen Fortschritt und Ihre zukünftige angemessene Versorgung.

Wenn wir auch zukünftig die Interessen des Justizvollzugs und seiner Aktiven wie auch die seiner ehemaligen Bediensteten wahrnehmen wollen und uns nicht zum Spielball politischer Interessen (Haushaltskonsolidierung auf dem Rücken der öffentlich Bediensteten und Pensionäre sowie Politik nach Kassenlage) machen lassen wollen, dann fordere ich Sie auf

SAGEN SIE AUCH IN ZUKUNFT JA ZU IHREM BSBD als Ihrer starken Interessenvertretung im Justizvollzug, sowohl für aktive Bedienstete als auch für Ruhestandsbedienstete. A. Schmid

Stuttgarter Nachrichten vom 24. Oktober 2011

Wunschzettel

Grün-Rot übt sich in allem Möglichen - nur nicht in Bescheidenheit

Wunschzettel schreiben ist ein schöner Brauch - solange Kinder ihre Wünsche aufschreiben und nicht Politiker. Einige führende Damen und Herren aus der Landespolitik sehen das offenbar anders. Sie haben die Zeit vor den Haushaltsgesprächen damit verbracht, meterweise Wunschzettel zu schreiben. Und was wünschen sie sich? Geld! Wie einfalllos!

Mit dem Geld wollen sie ihre Ministerien vergrößern beziehungsweise neue Stellen schaffen.

Der eine, **Winfried Hermann** (Verkehr), schreibt: **Ich wünsche mir eine neue Grundsatzabteilung für nachhaltige Mobilität**. Ein anderer, **Alexander Bonde** (Verbraucher), schreibt: **Ich wünsche mir mehr Nahrungsmittelkontrolleure**. Und so schreiben sie und schreiben. Weil dabei jeder nur an sich denkt und nicht ans Ganze taucht unter dem Strich die Zahl von fast 200 neuen Stellen auf.

Als stellte Grün-Rot neuerdings auch den Weihnachtsmann. Seit **Winfried Kretschmann** Ministerpräsident ist, werden in der Landespolitik gerne Philosophen zitiert. In der Tat lohnt es, die Antike zu bemühen: Epikur, ein alter Grieche, unterschied mehrere Arten von Wünschen – darunter solche, die weder natürlich noch notwendig sind.

Derartigen Wünschen, so lautete sein Ratschlag, sollte man keinesfalls nachkommen. Eine zeitlose Handlungsanweisung. Besonders für Finanzminister.

Jan Sellner

Jobbörse

Tauschpartner/in

von Baden-Württemberg nach Rheinland-Pfalz gesucht.

Hauptsekretär im JVD & Krankenpfleger aus dem Justizvollzugskrankenhaus Hohenasperg Baden-Württemberg sucht aus Familiären Gründen Tauschpartner im Allgemeinen Vollzugsdienst aus Rheinland-Pfalz. Bevorzugt aus der JVA Wittlich, oder aus der JVA TRIER.

Bei Interesse bitte telefonisch melden 06507/703123.

Betroffene wurden nicht gehört

Ruheständler wütend über Sparmaßnahmen

Seniorenlandesvorsitzender Dieter Berberich „Bürgerbeteiligung sieht anders aus. Ein im Stil und in der Sache unerträgliches Diktat in Zeiten sprudelnder Steuermehreinnahmen.“

Die kürzlich von Ministerpräsident Winfried Kretschmann und Finanz- und Wirtschaftsminister Dr. Nils Schmid ohne Rücksprache mit den Betroffenen bekannt gemachten ersten Sparopfer für den öffentlichen Dienst stoßen zunächst im Stil bei den Betroffenen auf heftige Kritik. So kündigt die teuer neu eingestellte Staatsrätin Gisela Erler auf ihrer Homepage vollmundig an, dass „die grün-rote Landesregierung eine Bürgerregierung sein möchte und sich zum Ziel gesetzt hat, die Bürgerbeteiligung in Baden-Württemberg zu stärken und eine neue politische Kultur zu entwickeln.“

„Die Beamten scheinen für diese Regierung Bürger zweiter Klasse und ohne Rechte zu sein,“ so der Landesvorsitzende der Seniorenvertretung des öffentlichen Dienstes Dieter Berberich in einer ersten Reaktion. „Vor einem solchen Spardiktat hätte man wenigstens die Betroffenen anhören und deren Meinung einholen müssen. Dies gebietet der Respekt vor den Bediensteten, vor allem für Sozialdemokraten.“

In der Sache sind die jetzt diktierten Sparmaßnahmen ohne jegliche Begründung. In Zeiten von Steuermehreinnahmen von über 10 Prozent oder knapp 2 Mrd. Euro sind diese Sonderopfer mit nichts gerechtfertigt. Sie zementieren im Übrigen einen Wahlbetrug der SPD, da diese vor den Wahlen für den öffentlichen Dienst einseitigen Sparopfer kategorisch verneint hatte.

Praxisorientierte Veranstaltung

Die Personalräteschulung ist von großer Bedeutung

Die Teilnehmer wurden durch die Tagungsleiter – den stellv. BSBD-Landesvorsitzenden und HPR-Vorsitzenden Georg Konrath – sowie durch den BSBD-Landesvorsitzenden des Landesverbandes Baden-Württemberg – Alexander Schmid – begrüßt. Besonders hervorzuheben ist, dass bei dieser sehr praxisorientierten Veranstaltung erstmals von allen Anstalten des Landes Personalratsvorsitzende oder -mitglieder anwesend waren. Dies zeigt die Bedeutung des BSBD für die Orientierung der Personalräte für ihre Arbeit vor Ort.



Die Teilnehmer der Personalräteschulung mit Tagungsleiter Georg Konrath und dem BSBD-Landesvorsitzenden Alexander Schmid.

Nach Schilderung der allgemeinen politischen Lage im Lande – einschließlich der herben Sparpläne der grün-roten Koalition für die Landesbeamten und -beamtinnen – konnte der Landesvorsitzende den Personalreferenten der Abt. Justizvollzug im Justizministerium – Herrn Ministerialrat Oliver Weik – herzlich begrüßen.

Besprechung mit dem Personalreferenten der Abt. Justizvollzug

Das Fazit vorneweg: in dem rund vierstündigen hochinteressanten Gespräch mit Herrn Weik wurden viele problema-

tischen Punkte der Personalgestaltung und -entwicklung sowie der Dienstorganisation offen erörtert und ebenso konnten brennende Fragen aus der Praxis gestellt werden.

Im Einzelnen wurde folgende Themen behandelt:

- Umsetzung der neuen VwV Schicht- und Wechseldienst
- Dienstrechtsreform
- Einmalzahlung 2011
- Aufstieg in den gehobenen und in den höheren Dienst
- Beurlaubung ohne Bezüge im AVD, Sabbatjahr und Sonderurlaub



Erstmals waren von allen Anstalten des Landes Personalratsvorsitzende- oder Mitglieder anwesend.

- Gesundheitsmanagement
- Dienstsport
- neue blaue Dienstkleidung
- Rücknahme der Privatisierungen und deren Konsequenzen für die JVA Mannheim und JVA Offenburg
- Offenbarungspflichten bei einer Erkrankung
- Zentralisierung von Zahlstellenaufgaben
- Zuteilungserlass bezüglich der Stellen im mittleren Dienst, insbesondere beim AVD
- Funktionsstellenkatalog
- gemeinsame Tagung von Anstaltsleitern, Verwaltungsleitern und Personalratsmitgliedern bzw. -vorsitzenden.
- Ausschreibung von Stellen
- Beurteilung und Beförderung
- Gewährung von Reisekosten

Änderungsbedarf im LPVG

Die präsentierte Vorlage zur teilweisen Neugestaltung des LPVG von **Monika Haas** und **Georg Konrath** fand breite Zustimmung. Von besonderer Bedeutung ist dabei, dass der **BSBD** derzeit alle Kräfte bündelt, um durch seine Präsenz im Hauptpersonalrat und den örtlichen Personalräten entsprechenden Einfluss auf die Novellierung des LPVG zu erlangen. Gemeinsame Zielsetzung ist dabei eine moderne Beteiligungskultur mit richtungsweisenden Elementen in allen Mitbestimmungs- und Mitwirkungsfragen. Gerade aus den langjährigen Erfahrungen im Justizvollzug wird hier allein dem **BSBD** eine zentrale Rolle zukommen, wobei er auch auf die Unterstützung der Personalräte angewiesen ist.

Abschlussrunde

Diese erneute Tagung des **BSBD** hat sich nach übereinstimmender Meinung der Teilnehmer bewährt und ist – neben den Regionalkonferenzen – ein wichtiger Baustein zur Vernetzung der Personalräte im Vollzug, weshalb den Tagungsleitern von den Teilnehmern herzlich gedankt wurde. Eventuell wäre wegen der Fülle der für die Personalratsarbeit vor Ort wichtigen Themen überlegungswert, die Tagung in Zukunft dreitägig durchzuführen. Besonderer Dank gilt Herrn Personalreferenten **Oliver Weik** für sein Mitwirken an dieser Tagung.

H. Guggenheim/wok

*(Das ausführliche – von **Hans Guggenheim** verfasste – Protokoll ist allen Teilnehmern der Tagung selbstverständlich zugeleitet worden und es wird zudem in unsere **BSBD-Homepage** unter der Rubrik „Aktuelles/Personalrat“ eingestellt.)*

Referat über politische Entwicklungen auf Landesebene

Fachgruppentag Allgemeiner Vollzugsdienst

Auf Einladung des Landesfachgruppensprechers für den allgemeinen Vollzugsdienst – Jürgen Scheike – trafen sich die Mitglieder der Arbeitsgruppe AVD und die Fachgruppenvertreter AVD der Justizvollzugsanstalten in Baden-Württemberg im Hotel Roger. Besonders freute uns, dass der Landesvorsitzende **Alexander Schmid** auch zu dieser, alle zwei Jahre stattfindenden Tagung kommen konnte.

Der **Landesvorsitzende Schmid** referierte über die neuesten politischen Entwicklungen auf Landesebene, die Beendigung der Teilprivatisierung in der JVA Offenburg und in der Abschiebeinrichtung der JVA Mannheim.

Ebenso wichtige Themen waren die Bedeutung des HPR für den Justizvollzug und die Präsenz des **BSBD** in anderen Organisationen.

Nach diesen sehr informativen Ausführungen berichtete unser Kollege **Jörg Krabacher** aus der JVA Ravensburg über das Aufgabenfeld und die Tätigkeit des Kriseninterventionsteams. Für alle Teilnehmer war es sehr informativ und interessant, bei dieser Gelegenheit mehr über das „KIT“ zu erfahren. So durfte Kollege Krabacher viele Einzelfragen zu diesem Thema beantworten. Diesen beiden fundierten Vorträgen schloss sich dann noch eine längere Diskussionsrunde zu Themen rund um die Fachgruppe AVD an, über einzelne Punkte wird in Zukunft noch zu berichten sein. *J. Scheike*



Kolleginnen und Kollegen des AVD (v.l.n.r.): Huber, Baumann, Rubertino, Bayer, Ringwald, Tislar, Weber, Reichle, Krabacher, Mutschler, Altmann, Thiel, Schmid, Scheike.

Schwarzwälder Bote vom 4. 11. 2011

Minister verspricht neue Standortsuche

Rottweil/Balingen: Im Rahmen des Besuchs beim SPD-Ortsverein Balingen bestätigte Nils Schmid, was er vor der Wahl zugesagt hatte: Es werde eine neue, überregionale und transparente Standortsuche für das Großgefängnis geben.

Der Minister und spätere Bauherr eines möglichen neuen Gefängnisses zeigte vor zahlreichen Bürgern von beiden Seiten der Kreisgrenze ein offenes Ohr für die Belange der Bürgerinitiative gegen Großgefängnis in Rottweil (BI). **Ingeborg Gekle-Maier** nahm die Gelegenheit wahr, das neue Positionspapier „Der transpa-

rente Weg zum Justizvollzug 2019“ vorzustellen. Die BI fordert darin Offenheit und Transparenz in allen Entscheidungsphasen sowie Offenlegung aller Kriterien sowie Bekanntgabe derer, die an Entscheidungen beteiligt sind.

Weiter forderte die BI, vor einer Standortsuche zunächst den tatsächliche Bedarf bei stetig abnehmenden Haftplatzzahlen zu ermitteln. Dies decke sich, so **Gekle-Maier**, auch mit dem sparsamen Umgang mit Steuergeldern.

Sollte tatsächlich ein Neubau notwendig sein, dürfe man sich nicht auf den Raum Rottweil beschränken, sondern müsse weiträumig zwischen Rottenburg

und Konstanz, Waldshut und Sigmaringen vorrangig nach Konversionsflächen suchen. Die Standortkriterien sollten vor der Suche durch unabhängige Experten festgelegt werden. Ökologische Faktoren sollten, so das Positionspapier, bei einem erneuten Suchlauf mit einfließen.

Naturschutz sei eines der wichtigsten Schwerpunktthemen

Im Anschluss an die Veranstaltung (wir berichteten) tauschte sich **Schmid** mit Mitgliedern der Bürgerinitiative aus. Der Minister sagte zu, dass die neue Landesregierung sparen und keinesfalls Steuergelder für unnötige Projekte verschwenden werde. Der Naturschutz sei eines der wichtigsten Schwerpunktthemen der neuen Landesregierung. In jedem Fall werde es eine überregionale und transparente Standortsuche geben.

Beim Besuch von **Justizminister Rainer Stichelberger** (SPD) im Dezember soll auch die Bürgerinitiative Gelegenheit bekommen, mit dem Justizminister ins Gespräch zu kommen. Bis dahin würden noch keine Vorentscheidungen getroffen, versicherte **Schmid**. Die Bürgerinitiative hoffe nun, dass den Worten Taten folgen, sagte **Gekle-Maier**. Bei der Berücksichtigung der ökologischen Wertigkeit, hofft die Sprecherin der BI, dürfte das „Naturparadies Bitzwald“, wie das GEO-Magazin im September getitelt hatte, gewiss erhalten bleiben.

In Zusammenhang mit der Schließung von Bundeswehrstandorten waren schon in den vergangenen Monaten immer wieder Standorte ins Gespräch gebracht worden. Immendingen war so schon früh als Alternative in der Diskussion, aber auch über die Zollernalbkaserne in Meßstetten wurde gesprochen. Bei der Stadtverwaltung Rottweil nimmt man diese Wiederholung der Zusagen aus dem Wahlkampf zur Kenntnis. Und baut auf das angekündigte Gespräch im Dezember. „Davon erhoffen wir uns Klarheit und können dann weiter sehen“, meint **Tobias Hermann**, Pressesprecher der Stadtverwaltung.



Im Gespräch: Mitglieder der Bürgerinitiative informieren Minister Nils Schmid (links) über ihr Anliegen. Foto: Privat



Die Werkdienst-Kollegen: Reihe hinten - v.l.n.r.: Krauss, Menner, Rees, Bentele, Maidel, Rauschenberger, Greulich, Hechler. Reihe vorne - v.l.n.r.: Neureuther, Steiner, Müller, Götzmann.

Treffen in Löwenstein-Hößlinsülz

Positionspapier Werkdienst erstellt

Am 11. Oktober 2011 traf sich die Fachgruppe Werkdienst auf Einladung des stellvertretenden Landesvorsitzenden und Fachgruppensprecher Werkdienst **Wolfgang Neureuther** zu einem Treffen im Landgasthof Roger in Löwenstein-Hößlinsülz.

Die Themen Berufsbild Werkdienst, Treffen Landesvorstand mit **Rainer Stichelberger**, Treffen der Fachgruppenvertreter mit **Ministerialrat Oliver Weik**,

Verbesserungen für den Werkdienst und die aktuelle Beurteilungsrunde waren Punkte lebhafter und sehr ausgiebiger Diskussionen.

Das Fachgruppentreffen erstellte einen Entwurf eines Positionspapier Werkdienst, das in einem weiteren Treffen noch weiter ausgearbeitet werden soll.

Dieser Entwurf Positionspapier Werkdienst soll in der nächsten Landesvorstandssitzung vorgestellt werden.

Wolfgang Neureuther

Fachgruppentagung Werkdienst

Treffen in der JVA Stuttgart



Teilnehmer v.l.n.r.: Bentele (Stuttgart), Müller (Heimsheim), Karl (OV Stuttgart), Neureuther (Heilbronn), Menner und Rees (Freiburg).

Am 08. November 2011 traf sich die Fachgruppe Werkdienst auf Einladung des **BSBD-Ortsverbandes Stuttgart** zu einer Sitzung in der **JVA Stuttgart**.

Das Hauptthema war die präzise Ausarbeitung eines Positionspapiers Werkdienst. Nach lebhafter und ausgiebiger

Diskussion wurden die Aufgaben und Forderungen zusammengetragen und schriftlich festgehalten.

Dieses Positionspapier Werkdienst wird voraussichtlich im nächsten **VOLLZUGSDIENST** und auf der **BSBD-Homepage** veröffentlicht. Die Tagung endete mit einer kleinen Führung durch die Werkbetriebe. *Wolfgang Neureuther*



Erneut ein voller Erfolg

BSBD-Tagung für „Pensionsnahe Jahrgänge“

Am 06. Oktober 2011 trafen sich 30 Mitglieder des BSBD in der Tagungsstätte Gültstein bei Herrenberg, um sich – wie schon im Vorjahr – zu diesem Brennpunkthema informieren zu lassen. Der Landesvorsitzende Alexander Schmid freute sich über das rege Interesse an der Fachtagung und dankte insbesondere Herrn Ministerialrat Weik (Personalreferent der Abt. IV im Justizministerium) für seine Bereitschaft, wiederum allen Tagungsteilnehmern eine Freistellung vom Dienst zu gewähren.

Den Auftakt der Veranstaltung bildete ein hochaktueller Bericht des Landesvorsitzenden zur Thematik „Einsparungen im Landeshaushalt 2012 zu Lasten der Beamtenschaft“. Er skizzierte die auch für den Justizbereich prekäre Situation und stellte das noch unveröffentlichte Positionspapier des BSBD vor, in dem sich die Gewerkschaft mit sehr guten Argumenten gegen Eingriffe in die Personalausstattung im Justizvollzug stellt. Der BBW und der BSBD werden Seite an Seite gegen einschneidende und damit nachteilige Entwicklungen im Justizvollzug zu Lasten der Kolleginnen und Kollegen kämpfen.

Herr Gerald Ludy, Referatsleiter beim LBV, der eigens zu dieser Tagung für den BSBD angereist war, fesselte in seinem



und auch die aufkommenden Fragen fachlich kompetent und trotzdem verständlich erläutern. Er zeigte aber auch sehr eindrücklich auf, wie viele versteckte

zweistündigen Referat zum Thema „Versorgung: gestern-heute-morgen“ die anwesenden Kolleginnen und Kollegen. Er konnte viele Fragestellungen und Abläufe rund um dieses Gebiet anhand seiner Präsentation darstellen und Interessensvertreter drohen sowohl den Aktiven wie den Versorgungsempfängern mit Sicherheit weitrei-

chende Eingriffe und Nachteile. Er sei ständig auch von politischer Seite mit Anfragen konfrontiert, die sich damit befassen, was diese oder jene Änderung an Einsparungen für den Landeshaushalt erbrächte.

Den Abschluss der Veranstaltung bildete ein Kurzreferat des langjährigen BSBD-Landesvorsitzenden Ernst Steinbach, der als Vertreter des BRH Baden-Württemberg, dem er als Beisitzer im Landesvorstand angehört, seinen Verband und dessen Aktivitäten vorstellte.

Ernst Steinbach konnte auf eindrucksvolle Weise untermauern, dass die bestehende Kooperation zwischen BSBD und BRH zum Vorteil beider Parteien ausfällt und daher in Zukunft zum Nutzen aller Mitglieder noch weiter ausgebaut werden soll. Gerade diese „Einigkeit der Verbände“ wird es zukünftig sein, die die Mitglieder der Gewerkschaften vor unzumutbaren Eingriffen schützen kann und wird. Wer nicht organisiert ist, gibt der Politik freie Hand im Sparkonzert und kann sich die schwerwiegenden Folgen schon heute plastisch ausmalen.

Mit diesen Eindrücken und Erkenntnissen von der zweiten Tagung „Pension und BSBD“ traten die Tagungsteilnehmer ihre Heimreise an. Der BSBD wird auch weiterhin für seine Mitglieder am Ball bleiben: das ist ebenso Ehrensache wie Verpflichtung – und das haben auch alle Anwesenden gespürt. *asm*



Beamten- und Angestellten-Darlehen Partner der Nürnberger Versicherung

TOP-ZINSSÄTZE

- für Beamte und Tarifbeschäftigte ab 5-jähriger Beschäftigung
- auch für Pensionäre bis 58 Jahre
- Darlehenshöhe ab 10.000,00 € bis 80.000,00 €
- Festzinsgarantie, Laufzeiten 12, 15 und 20 Jahre
- Sondertilgung und Laufzeitverkürzung möglich
- auch ohne Ehepartner
- für jeden Zweck: Anschaffungen, Ausgleich Girokonto, Ablösung andere Kredite

Kostenlose Beratung Mo. bis Fr. von 8.00 bis 20.00 Uhr

Info-Büro: 08 00 - 7 78 80 00

Fax-Nr. 0 51 30 - 79 03 95

vermittelt: K. Jäckel, Am Husalsberg 3, 30900 Wedemark

www.beamtendarlehen-center.de

E-Mail: jaeckel@beamtendarlehen-center.de

Ortsverband Freiburg gratuliert

Ehrenmitglied Erich Haag feierte seinen 80. Geburtstag

Am 02. September 2011 feierte das Ehrenmitglied Erich Haag seinen 80. Geburtstag.

Eine Abordnung des Ortsverbandes Freiburg gratulierte ihm zu seinem Jubelfeste. Die Kollegen Wintergerst und Adler würdigten die fast unerreichbaren Verdienste im Verband. 17 Jahre begleitete er das Amt des Schriftführers im Freiburger Ortsverband, 28 Jahre war er im Bundesverband als Hauptkassierer tätig.

Seit 1965 fungiert er ununterbrochen im Landesverband als Kassierer oder Stellvertreter.

Für seine langjährigen, ehrenamtlichen Tätigkeiten erhielt **Erich Haag** 1991 das Bundesverdienstkreuz am Bande. **Erich Haag** so **Wintergerst**, sei eine Persönlichkeit mit Vorbildcharakter. Anschließend lud der Jubilar zu einem kleinen Umtrunk ein, dabei hat man viele Erinnerungen aus früheren Jahren Revue passieren lassen.

Werner Bürklin



Im Bild von links nach rechts: Adler, Vogginger, Haag, Frau Haag, Wintergerst.

Ortsverband Mannheim mit zweiter Mitgliederversammlung in 2011

Das Sparpaket der Landesregierung...

...war das Hauptthema bei der zweiten Mitgliederversammlung dieses Jahres am 15. November 2011. Nach der Begrüßung der Mitglieder durch den Vorsitzenden J. Scheike und der Genehmigung der Tagesordnung, folgte eine Kurzzusammenfassung der letzten Ereignisse auf gewerkschaftlicher und politischer Ebene.

Diesem schlossen sich die Berichte der Fachgruppenvertreter an. Nach dem Bericht des Kassierers – Koll. Rauschenberger – und der Kassenprüfer erfolgte die Entlastung des Kassierers und des Vorstandes. Wie zu erwarten, gaben zum Thema „Sparpaket“ die Kolleginnen und Kollegen ihrer großen Enttäuschung und ihrem Ärger nachhaltig Ausdruck. Die Erwartungen an den Ortsverband, vor allem aber an den Landes- und den Bundesverband, sich hier konkret gegen das Sparpaket zu positionieren, sind entsprechend groß. Etwas irritierend fanden in diesem Zusammenhang die Kolleginnen und Kolle-

gen unseres Ortsverbandes unter anderem auch, dass z.B. auf der Homepage des Bundesverbandes bis zum 15. November 2011 nicht ein Wort der Kritik an dem Sparpaket zu finden ist, ein Gewerkschaftstag in Düsseldorf aber nennenswert erscheint. Auf Ortsverbandsebene haben sich die anwesenden Kolleginnen und Kollegen geschlossen für eine Mehrzahl von Aktionen ausgesprochen, u.a. eine Unterschriftenaktion, eventuelle Anzeigenschaltung bei der örtlichen Tagespresse und Anschreiben an die politischen Parteien bzw. persönliche Kontaktaufnahmen. Die Notwendigkeit einer Beitragsanpassung ab dem Jahr 2012 wurde zwar erkannt und auch akzeptiert, jedoch hätte man sich eine transparentere Vorgehensweise gewünscht. Auch wird der Betrag aus den Mitgliederbeiträgen, der an die Ortsverbände zurück fließt, als zu gering erachtet. Ein weiteres Thema war die Planung einer Bildungsfahrt nach Berlin 2012. Es gab dazu ein starkes Interesse der anwesenden Mitglieder. Daher wird hier die Planungsphase eingeleitet.

Deutsche MTB-Meisterschaft

JVA Mannheim und JVA Schwäbisch Hall beim Rhein-Hunsrück-Marathon

Am Sonntag, den 03.07.2011, wurde zum dritten Mal im Rahmen des Rhein-Hunsrück-Marathons die Deutsche MTB-Meisterschaft der Justiz ausgetragen.

Unter den annähernd 1000 Teilnehmern hatten 79 Justizbedienstete den Weg nach Rhens am Rhein gefunden, um die auf 50 km verteilten 1300 Höhenmeter zu bewältigen. 13 Teams (die drei Schnellsten einer Behörde bilden ein Team, die Zeiten werden addiert) aus 10 Bundesländern kamen in die Wertung.

Die Farben Baden-Württembergs vertraten dieses Jahr die Justizvollzugsanstalten Schwäbisch Hall und Mannheim – und dies gar nicht schlecht!

In der Herren-Hauptklasse (Jahrgang 93-82) war aus Mannheim leider kein Kollege angetreten. Aber der Schwäbisch Haller Kollege **Alexander Künzig** sorgte mit seinem 3. Platz für baden-württembergische Beteiligung auf dem Treppchen.

Die Einzelwertung **Senioren 1** (Jahrgang 81-71) machten Teilnehmer aus Burg, Siegen und Kassel unter sich aus. Der beste Teilnehmer aus dem Ländle in dieser Altersklasse war **Frank Scheibel** aus Schwäbisch Hall. Er landete auf dem siebten Platz.

In der Einzelwertung **Senioren 2** (Jahrgang 70-61) durften gleich zwei Mannheimer zur Siegerehrung erscheinen. **Markus Jung** belegte mit 02:40 Stunden Rang 5, **Ralf Christ** war 3 Minuten schneller und konnte sich damit den Vizemeister sichern. Gegen den 13 Mi-



Die Mannheimer R. Christ, S. Frank, M. Jung.

nuten schnelleren Favoriten Berenhäuser aus Koblenz war aber auch diesmal kein Kraut gewachsen.

Jedoch reichten die Zeiten der beiden Mannheimer zusammen mit dem guten Abschneiden des Kollegen **Steffen Frank** für die Titelverteidigung der JVA Mannheim in der Mannschaftswertung. Saarbrücken und Frankenthal konnten mit knappem Vorsprung auf die Plätze zwei und drei verwiesen werden. Die JVA Schwäbisch Hall erreichte einen respektablen fünften Platz.

Die Sport-IG der JVA Koblenz macht Jahr für Jahr einen Super-Job und es gelingt ihr immer wieder, sogar aus dem fernen Bayern Teilnehmer an den schönen Rhein zu locken. Da ist es trotz guten Abschneidens schade, dass aus dem Bikerparadies Baden-Württemberg nur zwei Behörden Teilnehmer entsenden.

Also: Ihr Kraichgauer, Odenwälder, Schwarzwälder, Markgräfler, Hohenloher, Schwaben, Allgäuer und wo ihr sonst noch herkommt. Ist schon klar, dass Eure Trails die schönsten sind, aber nächstes Jahr geht es gefälligst nach Rhens! Übrigens gibt es auch eine Damenwertung.

Figur/Body 2011

43. Deutsche Meisterschaft

Bruchsal/Saarbrücken: Am Samstag, 04. Juni 2011, beteiligten sich **Dieter Eckert** und **Stefan König**, beide Kollegen aus der JVA Bruchsal, bei der 43. Deutsche Meisterschaft Figur/Body 2011 in der Stadthalle Lebach bei Saarbrücken.

Hier war Bodybuilding vom Feinsten zu sehen. In der Klasse Athletik über 35, belegte **Dieter Eckert** den zweiten Platz und wurde somit Deutscher Vizemeister. **Stefan König** belegte in der gleichen Klasse den 5. Platz.

Der Ortsverband Bruchsal gratuliert beiden Kollegen recht herzlich, besonders **Dieter Eckert** zum Vizemeister.



Dieter Eckert.



Stefan König.

Pflegevorsorge:

Früher für später sorgen

Jeder fünfte Deutsche – das sind 17 Millionen Menschen – ist älter als 65, und die Geburtenzahl hat sich seit 1950 halbiert. Diese Entwicklung hat den so genannte Generationenvertrag aus dem Gleichgewicht gebracht.

Die Jungen schaffen es nicht mehr, den Älteren den gewohnten Lebensstandard im Alter zu sichern. Davon sind nicht nur die Alterseinkünfte, sondern ist auch die Pflege betroffen, denn die Zahl der Menschen, die im Alter auf Hilfe angewiesen ist, steigt immer weiter an. Nur wer selbst die Initiative ergreift und früher für später vorsorgt, kann einem finanziellen Fiasko entgehen. Das dbb vorsorgewerk bietet individuell zugeschnittene Lösungen gegen die Pflegefälle an.

Den Alltag hat Peter Schillings noch gut im Griff. Der 76-jährige wohnt allein, geht mit seinem Hund spazieren und hilft seinem Sohn Klaus gelegentlich noch im Garten. Das ruhige beschauliche Leben ändert sich für den Rentner jedoch schnell: Seine Diabetes verschlimmert sich so rapide, dass er das Krankenhaus als Pflegefall verlassen wird. Da Klaus Schilling und seine Frau im Schichtdienst beruflich sehr eingebunden sind, kommt eine häusliche Pflege nicht in Betracht, ein Aufenthalt in einem Pflegeheim ist unerlässlich.

Die Familie macht Kassensturz: Der Vater bezieht eine Rente in Höhe von 1 830 Euro, über Vermögen verfügt er nicht. „Da wird das Sozialamt zuzahlen müssen“, meint Klaus Schillings zu seiner Frau, „denn der Heimplatz für Vater kostet monatlich 4 300 Euro, aber die Pflegeversicherung zahlt in der Stufe II nur 1 279 Euro. Fehlen also jeden Monat 1 191 Euro.“ Doch diese Rechnung geht nicht auf, denn der Staat beteiligt ihn nach Abzug des Selbstbehalts als Verwandten in gerader Linie, das sind Ehepartner, Eltern und Kinder – an den Pflegekosten. Bei einem gemeinsamen Nettoeinkommen von circa 3 500 Euro müssen sie jeden Monat circa 800 Euro zuschießen. Wäre die Familie nicht in der Lage, diese Summe aufzubringen, könnte das Sozialamt, sogar bis zu zehn Jahre rückwirkend die Schenkung der Immobilie rückgängig machen, um aus dem Verkaufserlös die Pflegekosten für den Vater zu

bezahlen. Peter Schillings informiert sich über private Pflegeversicherungen und wird als dbb-Mitglied schnell auf den Internetseiten des dbb vorsorgewerk fündig: Mit der leistungsstarken, flexiblen und für dbb Mitglieder preisgünstigen Pflegevorsorge Flex der DBV über das dbb vorsorgewerk.

Klaus Schillings sichert die besonders kostenintensive Pflegestufe III mit 2 400 Euro monatlichem Pflegegeld ab. Das kostet den Fünfzigjährigen nur



Zu empfehlen ist der ergänzende Abschluss der Pflegevorsorge Akut. Sie bietet praktische Soforthilfe, zum Beispiel die Vermittlung eines Pflegedienstes oder Pflegeheimplatzes oder Tag-Nacht-Wachen.

17,23 Euro im Monat. Seine gleichaltrige Ehefrau zahlt für die Absicherung der Pflegestufe II mit 1 000 und der Pflegestufe III mit 2 000 Euro monatlich 49,37 Euro. Für beide Vertragsvarianten ist ein Beitragsnachlass für dbb Mitglieder und deren Angehörige von drei Prozent berücksichtigt. Trotz niedriger Beiträge zahlen sich die Vorteile aus: Versicherte erhalten immer 100 Prozent des je Pflegestufe vereinbarten Pflegegeldes und zahlen im Leistungsfall bereits ab der Pflegestufe I keine Beiträge mehr. Ferner gibt es weder Karenz- noch Wartezeiten. Das Pflegegeld kann frei verwendet werden, selbst wenn Verwandte die Pflege übernehmen.

Infokasten

Sie haben Fragen zur individuellen Absicherung im Pflegefall oder möchten sich beraten lassen? Die kompetenten Kolleginnen und Kollegen des dbb vorsorgewerk sind telefonisch für Sie da: montags bis freitags zwischen 8:00 und 18:00 Uhr unter der **neuen Telefonnummer 030/4081 6444**. Oder informieren Sie sich online unter **www.dbb-vorsorgewerk.de**